

Niederschrift

über die 006. (Rat) öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 27.09.2007
Sitzungsort: Mühlenscheune Accum, An der Mühle 13
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r Heide Bastrop
Bürgermeister Gerhard Böhling
Ratsmitglieder Bödecker, Borkenstein, Buß, Eggerichs, Eggers,
Dr. Eickelberg, Fischer, Freygang, Gamperl,
Groenhagen, Homfeldt, Jongebloed, Just, Kathmann,
Knefelkamp, Köhn, König, Limberg, Dr. Lotz, Müller,
Ottens, Riemer, Schauderna, Schüder, Schwitters,
Sutorius, Thiesing, Ufken, Wolken

Von der Verwaltung nehmen teil:

StOR Müller
VA Poppinga
BOAR Kaminski
Gleichstellungsbeauftragte Fuhlbohm

Es fehlen entschuldigt: RM Torkler, Mietz-Hüttel, Schmitz, Ratzel

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
RV Bastrop eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Bastrop stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil
RV Bastrop stellt die Tagesordnung fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 05. Juli 2007 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Schrankenschließzeiten am Bahnübergang Menkestraße deutlich kürzer

In der letzten Sitzung des Rates am 05. 07. 2007 wurde über die umfangreichen Baumaßnahmen durch die DB Netz AG am Bahnübergang an der Menkestraße berichtet. Zu der Zeit wurde davon ausgegangen, dass durch diese Umbauarbeiten mit einem Gesamtkostenvolumen von ca. 1,5 Mio. € keine Kürzung der Schrankenschließzeiten einhergehen würde.

Nach der Durchführung der Umbaumaßnahme hat die DB Netz AG erfreulicher Weise mitgeteilt, dass auch entsprechende Arbeiten zur Verkürzung der Schrankenschließzeiten vorgenommen worden sind. Die Schrankenschließzeiten, die vor Durchführung der Umbaumaßnahmen teilweise 6 manchmal mehr als 7 Minuten betragen haben, konnten so wesentlich reduziert werden. Jetzt betragen die Schrankenschließzeiten durchschnittlich 3 - 4 Minuten und sind damit nicht mehr zu beanstanden.

6.2. Vergleich Windkraftanlagen nahe Accum

In dem Rechtsstreit hinsichtlich der Genehmigung von Windkraftanlagen nahe Accum konnte zwischenzeitlich der Rechtsstreit beigelegt und ein Vergleich vereinbart werden. Danach gestattet die Stadt Schortens den Investoren die Zuwegung für zwei verbleibende kleinere Windkraftanlagen, die in einer deutlichen Entfernung zur Wohnsiedlung Pingelei in Accum errichtet werden. Die besonders störende Windkraftanlage mit einer Gesamthöhe von ca. 145 m und einem Abstand von weniger als 200 m zur Wohnsiedlung Pingelei wird von der Gemeinde Bockhorn in den dort geplanten Windpark mit aufgenommen. Der Verwaltungsausschuss hat einem entsprechenden Vergleich nach Durchführung einer Anliegerversammlung und einem Gespräch mit dem Golfclub Wilhelmshaven-Friesland zugestimmt. Auch die übrigen Verfahrensbeteiligten haben den Vergleich mit unterzeichnet. Die von der Stadt Schortens am 01. März 2007 errichtete Schranke wurde weggenommen und die Investoren haben mit den vorbereitenden Arbeiten für die beiden verbleibenden Windkraftanlagen begonnen.

Durch den abgeschlossenen Vergleich ist auch die uneingeschränkte Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes, des Jade-Weser-Parks, gewährleistet.

6.3. Vergleich zur Beseitigung Altlast Beethovenstraße

Nach langwierigen Verhandlungen ist es dem Landkreis Friesland gelungen, einen Vergleich mit dem Rechtsnachfolger der AEG Olympia abzu-

schließen. Seitens der Stadt Schortens wurde im Verwaltungsausschuss diesem Vergleich ebenfalls zugestimmt, da zum einen für die Stadt Schortens keine finanziellen Belastungen zu erwarten sind und darüber hinaus die erforderliche Sanierung der Altlast an der Beethovenstraße in greifbare Nähe rückt.

Nach Unterzeichnung der Vereinbarung und abschließender Mittelbereitstellung durch den Landkreis soll in einer Anliegerversammlung die Art und Weise der Durchführung der Sanierung dargestellt werden. Es wird davon ausgegangen, dass dies kurzfristig erfolgt.

6.4. Gemeinsame Kassenleitung Schortens-Wangerland

Aufgrund entsprechender Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse der Stadt Schortens und der Gemeinde Wangerland wurde am 25. 09.2007 eine Zweckvereinbarung unterzeichnet, wonach ab dem 01. 10. 2007 die Gemeindekasse Wangerland und die Stadtkasse Schortens von einem gemeinsamen Kassenleiter geleitet werden. Damit erhält die interkommunale Zusammenarbeit in Friesland einen weiteren Baustein, der Grundlage für weitere Kooperationsvorhaben sein könnte. Die Kasse wird vom Verwaltungsfachangestellten Herrn Wichmann geleitet. Die Stellvertretung wird in Schortens in bewährter Weise der Verwaltungsfachangestellte Dieter Rothe wahrnehmen.

6.5. Umsetzung des Kinderbetreuungskonzeptes

Nachdem der Rat im Mai d. J. das Kinderbetreuungskonzept für die Stadt Schortens beschlossen hat, hat die Verwaltung dementsprechend mit der Umsetzung verschiedener Maßnahmen begonnen. So wurde die Arche im Jugendzentrum eingerichtet, erstmalig ein Feriengarten in den Sommerferien im Jugendheim am Klosterpark angeboten und die zweite Krippengruppe im Kindergarten Schortens eröffnet.

Diese Maßnahmen werden gut angenommen. Die zweite Krippengruppe im Kindergarten Schortens war in kürzester Zeit mit 15 Kindern - das ist die gesetzliche Höchstgrenze - voll belegt.

Am letzten Sonntag, dem 23. 9. 2007, haben die Kindergärten der Stadt Schortens und die konfessionellen Kindergärten ihr Angebot einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auch hier gestaltet sich die Zusammenarbeit harmonisch mit sich ergänzenden Angeboten.

6.6. Oktoberfest 2007

Am kommenden Wochenende steht das 30. Oktoberfest in Schortens vor der Tür. Der TGM Schortens e.V. hat die Vorbereitungen für die Durchführung des Oktoberfestes in ehrenamtlicher Arbeit bei Unterstützung durch den hauptamtlichen Geschäftsführer Herrn Kollmann aus dem Rathaus vorgenommen. An dieser Stelle geht der ausdrückliche Dank an die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des TGM Schortens e.V. für den unermüdlischen Einsatz. Die Vorbereitung eines solchen umfangreichen Festes erfordert im Vorfeld einen enormen Einsatz, der nicht hoch genug

bewertet werden kann.

6.7. Baumaßnahmen

Zu den Baumaßnahmen ist folgendes zu berichten:

1. Mit der Errichtung des Wohnhauses für den Campingplatzwart und seine Familie wurde zwischenzeitlich begonnen. Den Auftrag hat nach öffentlicher Ausschreibung ein Unternehmen aus der Stadt Schortens als günstigster Bieter erhalten.
2. Vergeben wurde der erste Teilauftrag für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Nach intensiver Beratung und Auswahl des Lampentyps im Bau- und Umweltausschuss werden in diesem Jahr und den folgenden 2 Jahren ca. 1.400 Straßenlaternen ausgetauscht und durch moderne energiesparende Lampen ausgewechselt. Die Lieferfirma garantiert sowohl den Preis als auch die entsprechende Nachlieferung in den kommenden 2 Jahren. ,Wir werden hierdurch nicht nur das Ortsbild verschönern, sondern auch erhebliche Stromeinsparungen verzeichnen können.
3. Der Umbau der Olympia-Kreuzung ist abgeschlossen. In den folgenden Wochen soll die noch fehlende Bepflanzung vorgenommen werden. An der Kreuzung werden wir in Abstimmung mit dem Bürgerverein eine schöne große Tanne pflanzen, die die Weihnachtsbeleuchtung in Middelfähr und Roffhausen zusätzlich beleben wird.
4. Abgeschlossen wurde die Dacherneuerung der Verlässlichen Grundschule Jungfernbusch. Im Rathaus Heidmühle wurde ein Austausch der alten Heizung durch eine moderne Brennwertheizung vorgenommen.
5. Die Sanierung des Regenwasserkanals an der Jeverschen Straße/ Wangerooger Straße ist fertig gestellt. Die Sanierung des Reststückes der Jadestraße wird in den kommenden Tagen abgeschlossen werden. Gleiches gilt für die Sanierung der Spiekerooger Straße. In Auftrag gegeben wurde die Asphaltierung des bislang nicht berücksichtigten Reststückes der Heinrich-Tönjes-Straße.
6. Seit der letzten Ratssitzung wurden insgesamt 34 Bauanträge, davon 10 für neue Wohnhäuser, eingereicht.

7. Vorlage des Planungsausschusses vom 30. 08. 2007

7.1. Neufassung des Bebauungsplans Nr. 11/V "Klosterneuland/ Helgolandstraße **SV-Nr. 06/0196**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Abwägungsvorschläge werden im Wortlaut der Ziffern 1 bis 4 der Anlage zur Sitzungsvorlage beschlossen.

Beschlossen wird die Neufassung des Bebauungsplans Nr. 11/V

„Klosterneuland/Helgolandstraße“ als Satzung und die Begründung.

RM Bödecker weist darauf hin, dass man sich im Ausschuss darüber einig war, einen Vertreter des Landkreises einzuladen, der zum Einwand des Landkreises betr. Bodenverunreinigung Stellung nehmen soll.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

8. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 05. 09. 07

8.1. Festsetzung der kalkulatorischen Zinssätze 2008 - 2010 **SV-Nr. 06/0202**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der kalkulatorische Zinssatz für die Kostenrechnungen wird für die nächsten 3 Jahre, d. h. vom 01. 01. 2008 bis 31. 12. 2010, auf 4,20 % festgesetzt.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

8.2. Bericht des Kommunalprüfungsamtes über die am 27.06.2007 durchgeführte Kassenprüfung **SV-Nr. 06/0178**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Bericht vom 04.07.2007 des Prüfungsamtes des Landkreises Friesland über die überörtliche Kassenprüfung vom 27.06.2007 wird zur Kenntnis genommen.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

8.3. Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für den Baubetriebshof **SV-Nr. 06/0198**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Für den Baubetriebshof der Stadt Schortens wird zum 1. Januar 2008 eine Anstalt öffentlichen Rechts (AÖR) gem. § 113 a i.V.m. § 110 NGO gegründet.

RM Freygang erklärt, dass die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts eine Signalwirkung für den Landkreis Friesland bedeutet. Schortens als eine der größten Kommunen im Landkreis übernimmt damit eine Vorreiterrolle. Es ist eine relativ neue Rechtsform, die u. a. flexibler auf anstehende Aufträge und Aufgaben reagieren kann und somit den Baubetriebshof selbständiger und leistungsfähiger macht. Neue kostengünstige Lösungen können durch Ideen und Verbesserungsvorschläge zügiger eingebracht und umgesetzt werden bei Minimierung des bisherigen Verwaltungsaufwandes und der Entscheidungswege. Die Dienstleistung kann auch in Qualität und Quantität verbessert werden. Somit ergibt sich insgesamt eine schnellere Marktreaktion des Baubetriebshofes. Langfristige eigene Planungen sind möglich und damit auch eine zielorientierte Budget-

verantwortung des Baubetriebshofteams. Eine Kooperation mit anderen Trägern ist auszuloten. Erste Kommunen haben bereits ihr Interesse bekundet und zeigen damit, dass der eingeschlagene Weg richtig ist. Mittelfristig werden durch Synergieeffekte auch finanzielle Vorteile erreicht, z. B. durch eine gemeinsame und abgestimmte Dienstleistung, gemeinsamen Einkauf, Maschinennutzung, Marketing und Fachkräfteeinsatz. Eine spätere Beschäftigung von Zeit- oder Leiharbeitnehmern wird ausgeschlossen. Für die Mitarbeiter bleiben die Rechte erhalten, es ergibt sich keine Änderung beim derzeitigen Tarifgefüge, da der TvöD anwendbar bleibt und auch die Mitgliedschaft in der VBL. Die Mitarbeiter wurden zwischenzeitlich über die mögliche Gründung einer AöR informiert. Gründe, die gegen eine derartige Anstalt sprechen, sind ihm persönlich nicht bekannt. Insgesamt kann mit der Gründung zum 01. 01. 2008 mittelfristig eine Haushaltskonsolidierung erwartet werden. Er bittet um Zustimmung zu dieser Vorlage.

RM Eggerichs führt aus, dass das eigentliche Ziel die Bildung einer interkommunalen Gesellschaft war, d. h. interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des Baubetriebshofes. Über dieses Ziel ist man sich grundsätzlich einig, Unterschiede gibt es nur in der Auffassung über den Weg dorthin. Die Mehrheitsgruppe will, dass die Stadt Schortens Vorreiter ist und die an einer Zusammenarbeit interessierten Kommunen sollen unter Druck gesetzt werden, nachziehen und dabei möglichst Schortenser Bedingungen akzeptieren. Seine Fraktion hätte sich gewünscht, dass die an einer Zusammenarbeit interessierten Kommunen die Form der Zusammenarbeit gemeinsam festlegen. Aus diesem Grund stellt er im Namen seiner Fraktion folgenden Antrag: Die jetzige Betriebsform des Bauhofes wird nur geändert, wenn es zu einer vertraglich gesicherten Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden kommt.

RM Schauderna erklärt, dass die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts durchaus zu unterstützen ist, aber nur dann, wenn es Kooperationen mit anderen Gemeinden gibt. Der Weg dahin sollte auf gleicher Augenhöhe beschritten werden und nicht in einer Vorreiterrolle der Stadt Schortens.

RM Just erklärt, dass die Befürchtung, andere Kommunen könnten sich vor den Kopf gestoßen fühlen, wenn Schortens diesen Weg einschlägt, als gegenstandslos herausgestellt hat. Niemand will andere Kommunen unter Druck setzen und für ihn ist diese Aussage eine böswillige Unterstellung, die er von sich weist.

BM Böhling weist darauf hin, dass er für die Verwaltung den Vorschlag unterbreitet hat, die Anstalt des öffentlichen Rechts schon zum 01. 01. 08 einzurichten. Ergänzend erklärt er, dass man ständig im Gespräch mit den kommunalen Nachbarn ist. Bezüglich der Gründung einer eigenen Anstalt in Schortens zum 01. 01. gab es seitens der Nachbarkommunen hierzu keinen Widerspruch. Im Herbst ist geplant, mit einer Arbeitsgruppe aus den verschiedenen Kommunen Grundlagen zu erarbeiten und im nächsten Jahr ein entsprechendes Ergebnis vorzulegen. Die Nachbarn sind also vorher über den Verfahrensweg, so wie er heute zur Beschlussfassung vorliegt, informiert worden.

RM Groenhagen stellt fest, dass bisher keine andere Gemeinde zugesagt hat, dass sie mitmachen wird.

BM Böhling erklärt, dass bei den anderen Kommunen die Einrichtung zum 01. 01. angesprochen wurde. Diese haben jedoch keine Möglichkeit für eine Beteiligung zu diesem Zeitpunkt gesehen, da man sich erst abgleichen muss, unterschiedliche Systeme hat etc.. Von den Kommunen wurde jedoch Bereitschaft signalisiert, mit Schortens die Grundlagen zu entwickeln. Ob es zu einem Abschluss kommt, kann er heute noch nicht sagen.

Sodann wird wie folgt beschlossen:

1) Antrag der SPD

Die jetzige Betriebsform des Bauhofes wird nur geändert, wenn es zu einer vertraglich gesicherten Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden kommt.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2) SV 06/0198

Für den Baubetriebshof der Stadt Schortens wird zum 1. Januar 2008 eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) gem. § 113 a i.V.m. § 110 NGO gegründet.

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

8.4. Beitritt zum Zweckverband "Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)" **SV-Nr. 06/0204**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadt Schortens wird zum 1. Januar 2008 Mitglied im Zweckverband der KDO (Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg). Damit verbunden erfolgt ab 2008 ein Wechsel von den bisherigen KAI-Programmen zu denen der KDO.

Die Umstellung auf die Doppik erfolgt nunmehr im Rahmen eines „interkommunalen Geleitzuges“ unter dem Projektmanagement der KDO zum 1. Januar 2010.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

9. Vorlagen des Ausschusses für Sport, Kultur u. Tourismus v. 06. 09. 07

9.1. Leitbild der Stadt Schortens **SV-Nr. 06/0208**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Das überarbeitete Leitbild der Stadt Schortens wird beschlossen.

RM Eggers erklärt, dass über einen Zeitraum von ca. 2 ½ Jahren in verschiedenen Gruppen unter Beteiligung von Bürgern, Ratsmitgliedern und dem TGM unter fachlicher Anleitung von Dr. Sielmann ein Leitbild für die Stadt Schortens erarbeitet wurde. Dieses Leitbild wird die Entscheidung und das Handeln der Stadt Schortens für die nächsten Jahre prägen. Das Leitbild ist nicht statisch, sondern muss aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und Perspektivwechsel angepasst werden. Dies ist ein Auftrag, der den zukünftigen Gremien mit auf den Weg gegeben wird.

RM Riemer gibt ihrer Freude Ausdruck, dass alle hier ein gemeinsames Leitbild entwickelt haben. Ein Leitbild, das die Meinung der Bürger widerspiegelt. Allen Bürgern gilt der Dank für ihre Mitwirkung. Sie ist auch stolz darauf, dass die Leitbildkommission es geschafft hat, die Zusammenstellung und Ausarbeitung des Bürgeranliegens ohne Ansehen der politischen Mehrheitsverhältnisse zu treffen und eine Einigung zu erzielen. Sie ist überzeugt, dass sich jeder Bürger mit seinen Anregungen und Ideen in diesem Leitbild wiederfinden kann. Schortens hat bereits jetzt viel zu bieten und das ist dem Ehrenamt, den Vereinen aber auch der bürgerfreundlichen Verwaltung zu danken. Mit dem Leitbild soll die Wohn- und Lebensqualität gesteigert, d. h. eine Stadt geschaffen werden, in der sich alle wohl fühlen. Dieses Leitbild muss mit Leben gefüllt aber auch überprüft werden, denn es unterliegt dem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, dem Rechnung getragen werden muss. Das Leitbild wurde eng genug gefasst, um konkrete Maßnahmen treffen zu können, aber auch so weit gefasst, dass noch Gestaltungsspielräume offen sind. Es freut sie besonders, dass es demnächst eine Textfassung in Form einer Broschüre geben wird, die allen Bürgern zur Verfügung steht. Diese Textfassung wird ihrer Meinung nach die Visitenkarte der Stadt Schortens, mit der für Neubürger etc. geworben wird.

RM Schüder erklärt, dass es für sie eine ganz besonders neue Erfahrung ist, dass nicht nach Mehrheiten entschieden wurde, sondern dass man sich zusammengesetzt und so lange diskutiert hat, bis alle dieses Leitbild unterstützen konnten. Das Ergebnis auf der Basis der Bürgerbefragung und von Arbeitsgemeinschaften hält sie für erfreulich. Überrascht ist sie nur, dass bestimmte Dinge nicht mit in das Leitbild aufgenommen wurden, so z. B. dass es von den Bürgern erarbeitet wurde. Vorschläge von Ihrer Fraktion wurden nur teilweise aufgenommen. So steht nichts im Leitbild über den Klimaschutz, die Familienfreundlichkeit und die Integration behinderter Menschen. Über den Naturschutz ist nur am Rand etwas erwähnt. Auch dass das Leitbild fortgeschrieben wird, ist nicht festgehalten. Ihre Fraktion unterstützt das Leitbild, aber sie möchte eine Erklärung, warum die im Kulturausschuss besprochenen Änderungen nicht aufgenommen wurden.

RM Schwitters erklärt, dass die Beratungen über das Leitbild eine lange Zeit in Anspruch genommen haben. Es wurde ein Gerüst entwickelt, wie die schöne Stadt Schortens noch schöner gemacht werden kann. Über Parteigrenzen hinweg wurden Ziele ausgelotet, Möglichkeiten aufgezeichnet und diese zu Papier gebracht. Das Resultat liegt nun vor. Sicher ist es noch ein Gerüst, aber sie ist der Meinung, dass es sich sehen lassen kann. Alle miteinander möchten, dass die Stadt Schortens sich weiterentwickelt. Die Ansprüche, die in der kommenden Zeit auf die Stadt zukommen und

die die Zeit auch mit sich bringt, sollen verwirklicht werden.

RM Eggerichs stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „... einschl. der im Fachausschuss gefassten Änderungen“.

BM Böhling erklärt, dass der Beschlussvorschlag, so wie es im Fachausschuss Konsens war, beschlossen werden soll. Er freut sich, dass über das Leitbild dieses breite Einvernehmen erzielt werden konnte und dies auch fraktionsübergreifend im Stadtmarketingbeirat, der unter Beteiligung des TGM Schortens stattgefunden hat.

RM Just erklärt, dass er persönlich das Leitbild ablehnt. Die Gründe dafür sind u. a., dass es ursprünglich als Leitbild für das Stadtmarketing und die Außendarstellung der Stadt geplant war. Zwischenzeitlich wurde es umfirmiert in ein Leitbild für Rat und Verwaltung, das das künftige Handeln der Stadt bestimmen soll. Eine solche Bindung und Verpflichtung der Ratspolitik lehnt er ab, da das Leitbild seines Erachtens hierfür nicht taugt. Dafür war der Diskussionsprozess auch nicht umfassend und tiefgehend genug. Ursprünglich sollte das Leitbild nur Anregungen enthalten, die aus den Arbeitsgruppen und von den Bürgern kommen. In den letzten Wochen wurde der Prozess aber verfälscht, da Anliegen von den Parteien eingebracht wurden. Die Anregungen seiner Wählergruppe wurden abgelehnt, so dass das Konsensprinzip verlassen wurde. Er lehnt eine derartige Ungleichbehandlung ab. Inhaltlich hat das Leitbild eine Reihe von Mängeln, die für ihn weitere Ablehnungsgründe sind. Zum einen gibt es eine zu pauschale Verpflichtung zur nachhaltigen Entwicklung, es fehlt die Selbstverpflichtung der Stadt zum sparsamen Haushalten und zum Schuldenabbau und ebenso die Verpflichtung der Verwaltung, die Effizienz zu verbessern und ständig den Umfang der wahrzunehmenden Aufgaben und den Stellenplan zu überprüfen. Zukunftsweisende Bildungsangebote bereitzustellen, hält er für eine Leerformel. Hinsichtlich der Aussage, die Angebote sozialer und kirchlicher Einrichtungen zu fördern, ist er der Meinung, dass dies nicht Aufgabe der Stadt sein kann, da es den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche gibt.

RM Gamperl erläutert, dass bei den anderen Mitglieder seiner Fraktion zwar weiterhin Bedenken gegen einige Punkte des Leitbildes bestehen, sie aber dem Leitbild zustimmen werden, einzig und allein deshalb, um die weiteren Beratungen in den Ratsgremien nicht zu blockieren.

Es wird wie folgt beschlossen:

Das überarbeitete Leitbild der Stadt Schortens einschl. der im Fachausschuss gefassten Änderungen wird beschlossen.

9.2. **Änderung der Entgeltfestsetzung für das Freizeitbad Aqua-Toll SV-Nr. 06/0192**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Änderung der Entgeltfestsetzung für das Freizeitbad Aqua-Toll wird rückwirkend

zum 01. September 2007 beschlossen.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

10. Vorlage des Bau- und Umweltausschusses vom 19. 09. 07

- 10.1. 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) **SV-Nr. 06/0179**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigegefügte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.

RM Sutorius erklärt, dass bis 2002 ein Beitragssatz in Höhe von 2,10 € erhoben wurde. Aufgrund des Überschusses in Höhe von 293.000 € aus den Vorjahren wurde der Abwasserbeitrag zunächst auf 2,00 € und dann auf 1,90 € gesenkt. Dieser Beitragssatz ist für 2007 beibehalten worden mit der Folge, dass inzwischen ein Verlust in Höhe von 158.000 € entstanden ist. Da die Gebühren kostendeckend sein müssen, kann das nicht aus Steuergeldern genommen werden, sondern hier muss der Gebührenzahler bzw. der Anschlussnehmer an den Kosten beteiligt werden. Dazu kommt, dass der Frischwasserverbrauch, der Bemessungsgrundlage ist, von ehemals 1 Mio. cbm auf unter 900.000 cbm gesunken ist. Die Sparsamkeit beim Wasserverbrauch wirkt sich somit nachteilig aus, die Kosten bleiben im Prinzip gleich. Aus diesem Grund muss die Abwassergebühr auf 2,20 € angehoben werden, weil dann innerhalb der nächsten beiden Jahre der derzeitige Verlust ungefähr abgedeckt werden kann. Sollten zukünftig wieder Überschüsse zu verzeichnen sein, was im Moment jedoch nicht zu erkennen ist, kann man evtl. für 2009 wieder zu einer anderen Festlegung kommen.

RM Eggerichs erklärt, dass seine Fraktion eine Erhöhung der Abwassergebühr von 1,90 € um 30 Cent auf 2,20 € ablehnt und eine stufenweise Erhöhung favorisiert. Er begründet das damit, dass die 3-Jahresregelung sowohl für das Abschmelzen von Überschüssen als auch für das Ausgleichen von Unterdeckungen gilt. Die Überschüsse wurden in zwei Stufen abgebaut, die Defizite sollen lt. Vorschlag der Verwaltung aber kurzfristig von den Bürgern ausgeglichen werden. Eine stufenweise Erhöhung gibt die Zeit zu erfahren, ob der Frischwasserverbrauch weiter Richtung 900.000 cbm absinkt oder sich in einem höheren Bereich stabilisiert. Die letzte ihm bekannte Zahl ist aus dem Jahr 2006, da lag der Verbrauch bei knapp 930.000 cbm. Laut Haushaltsplan 2007 wird die Nutzungsgebühr mit 1.845 Mio. €, in gleicher Höhe in 2006 und nur um 42.000 € geringer im Jahresrechnungsergebnis 2005 beziffert. Es wurde also für 2007 mit einem wesentlich höheren Wasserverbrauch gerechnet, als die ca. 900.000 cbm, mit denen jetzt argumentiert wird. Er fragt, ob es irgendwelche Zwischenergebnisse für 2007 gibt, die seiner Fraktion nicht bekannt sind. Laut Vorlage wird für 2007 eine strukturelle Unterdeckung von 190.000 € erwartet. Im Haushalt ist ein Plus von 26.000 € ausgewiesen. Des Weiteren liegt nur

eine vorläufige Jahresabschlussrechnung 2006 vor, d. h. die Erhöhung basiert auf Vermutungen, da die Zahlen aus Wilhelmshaven noch fehlen. Dies spricht ebenfalls für eine zurückhaltende Anhebung in Stufen. Die Preissteigerungen bei vielen Produkten in der letzten Zeit sollten Anlass genug sein, darüber nachzudenken, wie die Belastung der Bürger möglichst gering gehalten und an anderer Stelle, z. B. durch eine Steuersenkung, Entlastung geschaffen werden kann. Er stellt im Namen seiner Fraktion folgenden Antrag: Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt Modellrechnungen für eine stufenweise Erhöhung aufzustellen und Möglichkeiten einer Entlastung der Bürger aufzuzeigen. Einzelheiten sind in der nächsten Fachausschusssitzung zu besprechen. Sollte dieser Antrag keine Zustimmung finden, wird beantragt, die Gebühren um 10 Cent/cbm zu erhöhen. Dies müsste ausreichen, um das vermutete Fehl aus 2006 in den nächsten 2 Jahren auszugleichen.

BM Böhling erklärt hinsichtlich der endgültigen Betriebsabrechnung, dass diese schriftlich noch nicht vorliegt, aber lt. Mitteilung der Stadt Wilhelmshaven fertig ist. Es gibt gegenüber der vorläufigen Betriebsabrechnung keine gravierenden Änderungen. Grundsätzlich weist er darauf hin, dass in den letzten 3 Jahren 1,90 € je Kubikmeter Abwasser erhoben wurden, die jedoch nicht kostendeckend waren. Damit wurden den Bürgern gem. den gesetzlichen Bestimmungen die Überschüsse erstattet, die in den letzten Jahren erwirtschaftet worden waren. Anhand der im Sommer d. J. vorgelegten Kostenrechnung ist zu ersehen, dass die jetzt vorgesehene Erhöhung der Abwassergebühr sich den tatsächlichen Kosten anpasst. Weiter weist er darauf hin, dass die Abwassergebühr in Schortens von 2,20 € im Vergleich mit vielen anderen Kommunen in Friesland sehr günstig liegt. Mit der Abwassergebühr werden keine Gewinne gemacht, sondern es werden nur die tatsächlichen Kosten erhoben.

RM Thiesing erklärt, dass die Summen, von denen heute gesprochen wird, nicht wegdiskutiert werden können, sondern bezahlt werden müssen. Er bemängelt, dass zu Punkten, die ausführlich in den Ausschusssitzungen behandelt wurden und bei denen sich die Fakten nicht geändert haben, heute hier im Rat Anträge gestellt werden.

RM Eggerichs fragt nochmals an, ob es neue Informationen darüber gibt, dass im Jahr 2007 der Verbrauch bei 900.000 cbm liegen wird. Er wollte, dass man gleichzeitig über eine Entlastung für den Bürger nachdenkt und hat daher den Antrag auf Aufschiebung bis zur nächsten Ratssitzung gestellt. Vielleicht kann die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, wie der Bürger entlastet werden kann. Bisher liegt noch keine endgültige Abrechnung schriftlich von der Stadt Wilhelmshaven vor. Das heißt, der Beschlussvorschlag ist unvollständig, da er auf einer vorläufigen Abschlussrechnung basiert. Bezüglich der von RM Thiesing erwähnten Diskussionen im Ausschuss erklärt er, dass die Abschlussrechnung Niederschlagwasser und die Abschlussrechnung dezentrale Abwasserbeseitigung sowohl im Bauausschuss als auch im Finanzausschuss behandelt wurden. Die vorläufige Betriebsabrechnung der zentralen Abwasserbeseitigung wurde aber nur im Bauausschuss behandelt und er fragt nach dem Grund hierfür.

RM Just erklärt, dass sich das von der SPD vorgeschlagene Stufenmodell als Bumerang erweisen würde. Im ersten Schritt soll der Beitrag auf 2,00 €/cbm erhöht werden, wobei die Kosten heute aber schon bei 2,10 €/cbm liegen. In diesem Jahr wird ein Defizit von ca. 200.000 € erwirtschaftet. Wenn der Beitrag so beibehalten wird, würden im nächsten Jahr noch einmal 100.000 € dazukommen, so dass das Defizit dann bei 300.000 € liegen würde. Das bedeutet, dass dann im übernächsten Jahr noch drastischer erhöht werden müsste, als es jetzt beabsichtigt ist. Wenn nicht auf 2,20 € erhöht wird, kann das Defizit nicht abgebaut werden. Dadurch, dass in diesem Jahr ein Defizit in Kauf genommen wird, tritt die Stadt bereits in Vorleistung. Dass in der Vergangenheit Guthaben verzögert, d. h. nicht innerhalb von 3 Jahren zurückgegeben wurde, hat seine Fraktion stets kritisiert aber nicht ändern können. Das macht die jetzt geplante Erhöhung aber nicht falsch. Es werden keine Gewinne erzielt, sondern es werden nur die Kosten weitergegeben und man hat sich in den letzten Jahren gemeinsam bemüht, diese Kosten so gering wie möglich zu halten. Außerdem hat Schortens die geringste Abwassergebühr im Landkreis.

BM Böhling erklärt, dass er sich den Ausführungen von RM Just nur anschließen kann. Das ihm telefonisch von der Stadt Wilhelmshaven mitgeteilte Ergebnis der endgültigen Betriebsabrechnung entspricht in etwa der Kalkulation und wird den Ratsgremien demnächst vorgestellt werden. In dem Vertrag mit Wilhelmshaven wurde seinerzeit kein Stichtag für die Vorlage der Abrechnung festgelegt. Daher gibt es auch keine Möglichkeit, die Abrechnung zu einem bestimmten Zeitpunkt zu fordern.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen der RM Borkenstein, König, Buß, Thiesing und Fischer wird wie folgt beschlossen:

Es wird wie folgt geschlossen:

1) Antrag der SPD-Fraktion

Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt Modellrechnungen für eine stufenweise Erhöhung aufzustellen und Möglichkeiten einer Entlastung der Bürger aufzuzeigen. Einzelheiten sind in der nächsten Fachausschusssitzung zu besprechen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

2) Antrag der SPD-Fraktion

Die Abwassergebühren werden um 10 Cent/cbm erhöht.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

3) SV 06/0179

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für

die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

11. Vorlagen des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 20. 09. 07

11.1. Änderung der Entgeltordnung für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten der Stadt Schortens **SV-Nr. 06/0205**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Anlage zur Entgeltordnung der Stadt Schortens vom 27.09.2007 über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten der Stadt Schortens wird beschlossen.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

11.2. Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Friesland und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden vom 19. 12. 1994 **SV-Nr. 06/0189**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Friesland und den kreisangehörigen Städten/Gemeinden vom 19. 12. 1994 wird beschlossen.

Der vorstehende Vorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 25. 09. 07

12.1. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und des Bürgermeisters zur Umsetzung des Verfassungsauftrages Gleichberechtigung gem. Artikel 3 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung **SV-Nr. 06/0221**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

RM Just erklärt, dass das festgestellte Engagement der Gleichstellungsbeauftragten nicht infrage gestellt werden soll. Fraglich ist für ihn aber, ob die Stadt Schortens das Engagement in diesem Umfang braucht. Nach dem Gesetz braucht Schortens keine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Aus dem vorgelegten Bericht geht nicht hervor, dass in Schortens besonderer Handlungsbedarf besteht, der mehr als eine nur nebenberufliche Gleichstellungsbeauftragte erforderlich macht. Er sieht in dem vorgelegten Bericht daher eine Bestätigung für die von seiner Fraktion bisher vertretene Auffassung, dass Schortens keine hauptberufliche Gleichstellungsbeauftragte benötigt.

BM Böhling erklärt, dass er den Ausführungen von RM Just widerspricht.

Schortens hat fast 22.000 EinwohnerInnen und ist nicht mehr so klein, dass man die Aufgabe nebenbei erledigen kann, sondern hierfür werden entsprechende Fachkräfte benötigt. Mit Frau Fuhlbohm hat die Stadt Schortens eine gute Fachkraft, die die Aufgabe gut macht. Viele Dinge, für die die Gleichstellungsbeauftragte zuständig ist, spielen sich auch hinter ihrer verschlossenen Tür ab, wenn es z. B. um Beratungsgespräche geht. Hierüber wird er von Zeit zu Zeit von der Gleichstellungsbeauftragten informiert. Wenn den Ratsmitgliedern dies alles über den Zeitraum von 3 Jahren im Einzelnen bekannt und somit für sie nachvollziehbar wäre, dann wären sie sicher auch der Meinung, dass eine Gleichstellungsbeauftragte mit dieser Stundenzahl in Schortens benötigt wird.

RM Homfeldt führt aus, dass die Arbeit von GB Fuhlbohm in ihrer Notwendigkeit und ihrer Qualität unbestritten ist. Für seine Fraktion aber auch für den Rest der Mehrheitsgruppe kann er deutlich sagen, dass die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sehr geschätzt wird und man sich darüber im Klaren ist, wie breit das Tätigkeitsfeld gefächert ist. Er ist der Meinung, dass man mit Recht sagen kann, es würde ein großes Stück Kompetenz fehlen, wenn diese Arbeit nicht getan werden würde. Viele Menschen in Schortens wären ohne Rat, Hilfe und Beistand. Für ihn ist auch schleierhaft, wie die GB diese Vielfalt an Aufgaben und Arbeit mit diesem Stundenansatz leisten kann. Dass sie es trotzdem schafft, dafür dankt er ihr ganz persönlich.

RM Wolken dankt der Gleichstellungsbeauftragten ebenfalls für ihre Arbeit. Sie ist der Meinung, dass sie einen sehr großen Aufgabenbereich hat, der sehr viel Arbeit bedeutet.

RM Bödecker erklärt, dass ihre Fraktion vor 10 Jahren schon gefordert hat, keine Stundenreduzierung bei der Gleichstellungsbeauftragten vorzunehmen. Sie glaubt, dass alle einer Meinung sind, dass die Gleichstellungsbeauftragte Fuhlbohm eine hervorragende Arbeit macht und sie dankt ihr dafür. Sie regt an, bei Gelegenheit über eine Stundenerhöhung für die Gleichstellungsbeauftragte nachzudenken.

RM Schwitters dankt der Gleichstellungsbeauftragten im Namen ihrer Fraktion für Ihre Arbeit.

RV Bastrop dankt der Gleichstellungsbeauftragten noch einmal herzlich. Sie ist der Meinung dass viel in diesem Zusammenhang gesagt worden ist. Das meiste war positiv und nur das sollte die Gleichstellungsbeauftragte auch mitnehmen. Das Negative sollte man dann zwischendurch einfach mal abhaken und vergessen.“

RM Just bemängelt die fehlende Neutralität der Ratsvorsitzenden, zu der sie verpflichtet ist. Alle Ratsmitglieder sind gleichberechtigt und ihr als Vorsitzender steht es nicht zu, zu sagen, dass Wortbeiträge zu vergessen sind.

RV Bastrop erklärt, das dies richtig ist, aber sie auch ihre persönliche Meinung sagen darf. Somit darf sie auch sagen, dass die Gleichstellungsbeauftragte das Negative vergessen soll bzw. nicht zu nahe an sich heran-

kommen lassen darf. Darum geht es und nicht, dass die Ratsbeiträge vergessen werden sollen.

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich beschlossen.

13. Anfragen und Anregungen:

- 13.1. RM Schwitters weist darauf hin, dass am 10. Oktober 2007 in Hamburg die plattdeutsche Stiftung Niedersachsen gegründet wird. Dazu wurde ein informatives Faltblatt herausgegeben. Sie fragt an, ob dieses Faltblatt bestellt werden kann und bittet darum, die Bürger auf diese Veranstaltung hinzuweisen. Gleichzeitig regt sie an, die Presse entsprechend zu informieren.

BM Böhling sagt eine Beschaffung des Faltblattes zu. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass ein entsprechender Zuschussantrag vorliegt.

- 13.2. RM Schwitters fragt nach dem Sachstand hinsichtlich Vermittlung der plattdeutschen Sprache in Kindergärten und Schulen.

BM Böhling erklärt, dass nach Auskunft der SchulleiterInnen der Rücklauf an den Schulen bisher sehr gering ist. Eine plattdeutsche AG besteht an der Grundschule Schortens. Im Herbst erfolgt eine entsprechende Unter- richtung im Fachausschuss.